Sind sie noch zu retten?

In Mitteleuropa verschwindet eine sozialdemokratische Partei nach der anderen von der Landkarte. In Westeuropa könnte ein ähnliches Schicksal drohen.

Für einen Moment war der Optimismus greifbar beim *Global Progressive Mobilisation Summit*. Vertreterinnen und Vertreter progressiver Kräfte aus aller Welt versammelten sich in Barcelona, um sich ihrer Solidarität und Stärke zu vergewissern. Soziale Gerechtigkeit, demokratische Resilienz, der Weg in eine bessere Zukunft: Spaniens Premierminister Pedro Sánchez beschwor den gemeinsamen Geist der sozialdemokratischen Familie und sagte das Ende des global grassierenden Rechtspopulismus voraus: „Sie schreien nicht, weil sie gewinnen – sie schreien, weil sie wissen, dass ihre Zeit abläuft."

Doch so sehr das Licht der Scheinwerfer die Sprecher auf der Bühne glänzen ließ, so wenig konnte es dauerhaft die Schatten ausleuchten, die in großen Teilen Europas die politische Landschaft verdunkeln. Wer den Blick von Barcelona nach Mitteleuropa richtet, erkennt eine ganz andere Realität. Dort ist die Sozialdemokratie nicht mehr nur in der Krise – sie ist vielerorts im Begriff, völlig von der Bildfläche zu verschwinden.

Die Beispiele hierfür sind mittlerweile zahlreich. In Tschechien scheiterte die im Bündnis mit Postkommunisten angetretene sozialdemokratische Partei *Socdem* im Oktober 2025 zum zweiten Mal in Folge am Einzug ins Parlament. Der Fortbestand der aus der historischen ČSSD hervorgegangenen Partei steht auf Messers Schneide. In Ungarn, wo Mitte April 2026 nach 16 Jahren die Regierung von Viktor Orbán abgewählt wurde, ist die Sozialdemokratie regelrecht kollabiert. Die Stimmenanteile der sozialdemokratischen MSZP sind kaum mehr messbar, die linksliberale DK, über viele Jahre hinweg stärkste Oppositionskraft, konnte gerade noch 1,1 Prozent der Stimmen erzielen und verfehlte damit den Einzug ins Parlament überdeutlich.

Wer den Blick von Barcelona nach Mitteleuropa richtet,

In Bulgarien wiederum ist die Entwicklung in Zahlen gesprochen etwas weniger dramatisch, aber kaum weniger eindeutig. Die Bulgarische Sozialistische Partei, einst eine der zentralen

erkennt eine ganz andere Realität.

Kräfte des Landes, spielte in der jüngsten Wahl im Schatten neuer Bündnisse praktisch keine wahrnehmbare Rolle mehr und ist künftig nicht mehr im Parlament vertreten. Am Tag nach dem Ende des *Mobilisation Summit* in Barcelona verschwand damit die dritte sozialdemokratische Partei innerhalb von fünf Monaten von der parlamentarischen Bildfläche.

Im politisch stabilen Slowenien reichte es für die Sozialdemokraten zuletzt noch zu etwa 6,7 Prozent und sechs Mandaten – zwar genug für den Einzug ins Parlament, aber nicht für eine Fortsetzung der vorherigen Regierungskoalition.

Und weitere Nackenschläge sind bereits absehbar. In Polen kämpft die *Nowa Lewica* um ihr politisches Überleben. Nach einem respektablen politischen Comeback im Jahr 2023 enttäuschte sie bei den Wahlen zum EU-Parlament und spielte bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr nahezu keine Rolle mehr. Sie war zuletzt nur noch in der Lage, dezidiert progressive Wählerschichten in den großen Städten anzusprechen. In Rumänien wiederum hat die sozialdemokratische PSD die Regierungsbeteiligung in einem undurchsichtigen Manöver aufgekündigt. Ob dies ein Befreiungsschlag nach dem Debakel bei den letzten Präsidentschaftswahlen oder die nächste Stufe des Niedergangs ist, ist derzeit noch offen.

Hinter diesen Beispielen verbergen sich dramatische strukturelle Verschiebungen. Sozialdemokratische Parteien, einst tragende Säulen der politischen Systeme, verlieren nicht nur ihre Gestaltungskraft, sondern drohen flächendeckend von der politischen Landkarte zu verschwinden.

Was diese Entwicklung so bemerkenswert wie schwierig zu abstrahieren macht, ist ihre Uneinheitlichkeit. Die betroffenen Parteien unterscheiden sich erheblich. In Polen etwa ist die Sozialdemokratie heute programmatisch deutlich progressiver positioniert als die eher mittig positionierten Parteien in Tschechien und Ungarn – oder gar in Bulgarien, wo sie gesellschaftspolitisch dezidiert konservative Positionen vertritt. Auch die politischen Systeme, die gesellschaftlichen Konfliktlinien und die Wahlsysteme sind unterschiedlich. Eine einfache, universelle Erklärung ist daher kaum möglich, und eine Gegenstrategie zu entwickeln, ist entsprechend kompliziert.

Und doch lassen sich zwei übergreifende Dynamiken erkennen.

Erstens: In allen Ländern ist jeweils unterschiedlich ausgeprägte

gesellschaftliche Hegemonie von rechts zu beobachten. Je nach Kontext nimmt diese nationalkonservative, rechtspopulistische, souveränistische oder gesellschafts- und identitätspolitische Züge an. Gemeinsam ist ihr jedoch, dass sie den politischen Diskurs prägt. Fragen von Identität, Migration und kultureller Selbstbehauptung treten in konkreten Wahlkampagnen zwar oft hinter die Brot-und-Butter-Themen des Alltags zurück, sie stellen aber die gesellschaftliche Hintergrundfolie dar und dominieren den gesellschaftlichen Diskurs. Die sozialdemokratischen Parteien reagieren hierauf unterschiedlich, aber stets defensiv, und sie tendieren dazu, die Nische zu suchen, statt den Kampf um die Hegemonie aufzunehmen. Die Agenda setzen sie in keinem dieser Länder mehr. Die über die Region hinausreichende Erkenntnis ist, dass programmatische Wahlkämpfe zum Scheitern verurteilt sind, wenn der Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie verloren ist.

Sozialdemokratische Parteien werden trotz ihrer zunehmenden Marginalisierung als Teil des politischen Establishments wahrgenommen.

Zweitens: Sozialdemokratische Parteien werden trotz ihrer zunehmenden Marginalisierung als Teil des politischen Establishments wahrgenommen. Das Image der „Systempartei“ ist zur unüberwindbaren Belastung geworden. In vielen Ländern waren die Parteien über Jahre oder Jahrzehnte an der Regierung beteiligt. Besonders prägend, wenn auch nicht allein das Bild bestimmend, war dabei die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008. Sozialdemokratische Parteien standen damals teilweise in Regierungsverantwortung und werden mit den sozialen Härten und gesellschaftlichen Folgen dieser Zeit identifiziert. In Zeiten sozialer Verwerfungen sehen sich sozialdemokratische Parteien einem größeren Problem gegenüber als Parteien anderer Ausrichtungen. Von ihnen wird Schutz vor systemischen Verwerfungen eingefordert. Bleibt dieser aus, verlieren sie stärker an Legitimation als andere Parteien. Das Ergebnis ist ein Vertrauensverlust, der sich über Jahre akkumuliert hat.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen erscheint der Geist von Barcelona fast wie eine Parallelrealität. Der Gipfel war wichtig. Er hat Netzwerke gestärkt, Narrative entwickelt und den Anwesenden Mut gemacht. Aber er bleibt in gewisser Weise ein Raum der Selbstvergewisserung und der Autosuggestion, während von wenigen

Ausnahmen abgesehen die Akteure in ihren jeweiligen nationalen Kontexten zunehmend unter Druck geraten.

Das gilt nicht nur für Mitteleuropa. Die Krise der Sozialdemokratie ist ein globales Phänomen. Doch in Mitteleuropa zeigt sie sich derzeit besonders zugespitzt. Und die Sorge ist nicht gänzlich unbegründet, dass sich manches hiervon als eine Art Vorbote möglicher Entwicklungen anderswo herausstellen könnte.

Doch was folgt daraus? Zunächst einmal: In der Politik gibt es keine Zwangsläufigkeiten, und politische Räume bleiben in der Regel nicht dauerhaft leer. Das Scheitern der sozialdemokratischen Parteien in einigen Ländern muss, je nach Kontext, nicht deren Ende bedeuten. Parteien können sich umorientieren, neu aufstellen und den gesellschaftlichen Realitäten angemessene Allianzen bilden. In Polen etwa hat sich 2023 gezeigt, dass progressive Kräfte durch Modernisierung, strömungsübergreifende Bündnisse und neue Formationen wieder an Einfluss gewinnen können.

Sozialdemokratische Parteien werden den schwierigen Weg gehen müssen, die Verbindungen zur Mehrheitsgesellschaft zu suchen.

Ebenso wichtig ist ein erneuertes Gespür für gesellschaftliche Dynamiken. Gerade in fragmentierten Öffentlichkeiten reicht es nicht mehr aus, lediglich auf traditionelle oder neu entstehende Milieus zu setzen. Sozialdemokratische Parteien werden den schwierigen Weg gehen müssen, die Verbindungen zur Mehrheitsgesellschaft zu suchen und zu stärken, wollen sie nicht dauerhaft auf ein Nischendasein begrenzt bleiben.

Die Versuchung, die Entwicklungen in Mitteleuropa als spezifisch abzutun, ist groß. Doch viele der zugrunde liegenden Faktoren – Vertrauensverlust, strukturelle Defensive, diskursive und gesellschaftliche Verschiebungen – sind auch in Westeuropa sichtbar. Die weltweit zu beobachtenden Widerstände der Gesellschaften gegen die Auswirkungen der Globalisierung und die Frage nach der Zukunft demokratischer Nationalstaaten rütteln an den Fundamenten der politischen Programmatik etablierter Akteure. Die Sozialdemokratie steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Sie muss sich erneuern, ohne ihre Identität zu verlieren – und sie muss dies in einem politischen Umfeld tun, das ihr zunehmend weniger Raum lässt.

Dass dies nicht hoffnungslos ist, haben einige der Akteure in Barcelona eindrucksvoll zur Schau gestellt. Auch wenn die Übertragbarkeit

natürlich nie vollständig gegeben ist, lohnt für einzelne Aspekte der Blick nach Skandinavien, nach Spanien und vielleicht auch ins Baltikum.

Die Zukunft der Sozialdemokratie ist offen. Aber sie ist nicht grenzenlos offen. Wenn es nicht gelingt, gesellschaftliches Vertrauen zurückzugewinnen, Allianzen zu schmieden und politische Räume neu zu besetzen, könnte das, was heute in Mitteleuropa geschieht, morgen auch anderswo Realität werden.



Henrik Meyer
Berlin

Henrik Meyer ist Leiter des Referats Europäische Union/Nordamerika der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er das Türkei-Büro der FES mit Sitz in Istanbul sowie das Büro in Tunis.